

(Berichterstatter Geh. Kommerzienrat **Erbert**.)

(A) her 2217 M. 01 Pf. weniger, infolge geringeren Zuwachses von Empfängern, als angenommen worden war.

Die Deputation hat zu diesem Kapitel Anträge nicht zu stellen.

Präsident: Ich bitte fortzufahren.

Berichterstatter Geh. Kommerzienrat **Erbert:** Kap. 108, Pensionen. Der Zuschuß war mit 14061000 M. im Etat für 1908/09 angenommen worden, er hat indessen nur 13663962 M. 30 Pf. betragen, mithin 397037 M. 70 Pf. weniger.

Als Einnahmen waren in Tit. 1 für nachträglich zu zahlende Beiträge zum Staatspensionsfonds 9800 M. veranschlagt worden, es wurden jedoch 11497 M. 58 Pf. als nachgezahlte Beiträge zum Staatspensionsfonds und 413 M. 55 Pf. als Überzahlung aus der Pensionskasse der Porzellanmanufaktur wegen Übernahme von 3 Bediensteten in den Staatsdienst, zusammen 11911 M. 13 Pf. vereinnahmt, also 2111 M. 13 Pf. mehr.

Bei den Ausgaben haben sich Ersparnisse ergeben in Tit. 2, Pensionen an Beamte, 343195 M. 41 Pf., in Tit. 3, Pensionen an Beamtenwitwen, 44014 M. 66 Pf., in Tit. 4, Pensionen an Beamtenwaisen, 7716 M. 50 Pf., weil die bei der Veranschlagung angenommene prozentuale Steigerung der Pensionen in der erwarteten Höhe nicht eingetreten ist.

Die Oberrechnungskammer hat zu Tit. 2 und 3 der Ausgabe darauf hingewiesen, daß in mehreren Fällen bei denjenigen seit Einführung des Wohnungsgeldzuschusses in den Ruhestand getretenen Beamten, die durch anderweite Anstellung ein Einkommen erworben haben, bei Berechnung des früheren Dienst Einkommens der Wohnungsgeldzuschuß zum Teil angelegt und zum Teil unberücksichtigt geblieben ist. In Übereinstimmung mit dem Königl. Finanzministerium ist aber die Nachzahlung der zu niedrig berechneten Beträge nachträglich gewährt worden, während in vier Fällen, bei denen es sich um Kürzung zu viel gezahlter kleinerer Beträge handelt, von einer Weiterverfolgung dieser Angelegenheit abgesehen worden ist, einestheils wegen der Unerheblichkeit der Unterschiedsbeiträge, aber auch weil die Pensionsempfänger inzwischen verstorben sind.

Von den ausführlichen Darlegungen der Oberrechnungskammer, die in deren Bericht auf S. 71 bis 73 niedergelegt sind, hat die Deputation zustimmend Kenntnis genommen, und sie verweist hierauf.

Der Gesamtaufwand an Pensionen und Wartegeldern hat nach dem Rechenschaftsberichte in der Finanzperiode 1908/09 13663962 M. 30 Pf. betragen.

Die Deputation hat Anträge zu Kap. 108 nicht zu stellen.

Präsident: Ich bitte fortzufahren.

Berichterstatter Geh. Kommerzienrat **Erbert:** Kap. 109, Erhöhung der Bewilligungen an Militärinvaliden aus der Zeit vor dem Kriege 1870/71 und Pensionsbeiträge für verabschiedete Offiziere, Sanitätsoffiziere und Beamte. Bei Tit. 1 der Ausgabe waren für Pensionen und Pensionszulagen für Offiziere, Sanitätsoffiziere, Beamte, Unteroffiziere und Soldaten

5000 M. in den Etat für 1908/09 als Voranschlag eingestellt und bei Tit. 2

10000 = für Pensionsbeitrag an verabschiedete Offiziere, Sanitätsoffiziere und Beamte

zusammen 15000 M., es sind aber nur 10227 M. 16 Pf. in der abgelaufenen Finanzperiode verausgabt worden, mithin 4772 M. 84 Pf. weniger. (D)

Diese Wenigerausgabe ist in Tit. 1 und 2 durch Ableben von Pensionären begründet, bei Tit. 1 außerdem durch Übernahme von Pensionsanteilen auf die Reichskasse infolge des neuen Pensionsgesetzes.

Anträge hat die Deputation zu diesem Kapitel nicht zu stellen.

Präsident: Ich bitte fortzufahren.

Berichterstatter Geh. Kommerzienrat **Erbert:** Kap. 109a, Dotationen. Infolge der Bestimmungen des § 2a des Finanzgesetzes vom 6. Juni 1902, nach welchen den Schulgemeinden zur Abminderung ihrer Schullasten ein Teil der Einnahmen an Grundsteuern überwiesen werden soll, der für jeden Steuerflurbezirk nach 2 Pf. von jeder der beim Rechnungsabluß auf das Jahr 1900 vorhanden gewesenen Steuereinheit zu berechnen ist, waren 3922280 M. für die Finanzperiode im Etat 1908/09 unter Tit. 1 eingestellt. Die Ausgaben betragen aber nur 3921720 M. 94 Pf., also 559 M. 06 Pf. weniger, weil die Steuergemeinden Otterschütz, Quosdorf und Zietsch im Steuerbezirke Ramenz durch Bildung des Truppenübungsplatzes Königsbrück weggefallen sind.